

# MDL-NEWSLETTER

3/2023

**BERND KRÜCKEL MDL**  
Heinsberg, Geilenkirchen,  
Übach-Palenberg, Gangelt,  
Selkant, Waldfeucht

**THOMAS SCHNELLE MDL**  
Erkelenz, Hückelhoven,  
Wassenberg und Wegberg

*Foto: Christiane Lang*



Frohe  
Ostern!

# INHALT

## Frohe Ostern!

Liebe Leserinnen und Leser,

dieser Tage steht uns das Osterfest bevor, viele nutzen auch die Gelegenheit für eine kleine Auszeit oder einen Urlaub.

Ob zu Hause oder auf Reisen, wir wünschen Ihnen und euch ein friedvolles Osterfest im Kreise Ihrer Liebsten!

In den letzten Wochen waren vermehrt Gruppen mit Schülerinnen und Schülern aus dem Kreis Heinsberg bei uns zu Gast in Düsseldorf. Sie haben nicht nur interessante Eindrücke vom Parlament gewonnen, sondern auch mit uns als direkt gewählte Abgeordnete des Kreises über konkrete Wünsche und Vorstellungen im Kreis Heinsberg gesprochen.



Wenn Sie an einem Besuch im Landtag interessiert sind, wenden Sie sich gerne über unsere unten genannten Kontakte an unsere Büros und wir unterstützen bei der Organisation einer solchen Besucherfahrt. Ob Schüler- oder Vereinsgruppen, wir freuen uns über jeden Besuch aus der Heimat.

In dieser Ausgabe haben wir Informationen und Ergebnisse des Plenums von Ende März für Sie zusammengestellt. Dabei geht es zum Beispiel um den Antrag zur CO<sub>2</sub>-Reduktion in der Bau- und Wohnungswirtschaft oder die Einführung eines Europa-Schecks zur Förderung europäischer Projekte



und Kooperationen.

Für einen politischen Zankapfel hat die Ampelkoalition mit der Krankenhausreform gesorgt. Hier zeigen wir als Land die Schwächen auf und sind mit unserer – von allen Akteuren in Nordrhein-Westfalen unterstützten – Krankenhausrahmenplanung bereits viel weiter als die Ampel.

Dies und mehr lesen Sie in dieser 22. Auflage unseres Newsletters, bei dessen Lektüre wir Ihnen viel Vergnügen wünschen.

Bernd Krückel/  
Thomas Schnelle



**Bernd Krückel MdL**  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf  
T: 0211 884 27 64  
F: 0211 884 33 19

E: [bernd.krueckel@landtag.nrw.de](mailto:bernd.krueckel@landtag.nrw.de)  
W: [bernd-krueckel.nrw](http://bernd-krueckel.nrw)



**Thomas Schnelle MdL**  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf  
T: 0211 884 27 80  
F: 0211 884 33 20

E: [thomas.schnelle@landtag.nrw.de](mailto:thomas.schnelle@landtag.nrw.de)  
W: [thomas-schnelle.nrw](http://thomas-schnelle.nrw)

### Impressum

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen der 22. Ausgabe unseres Newsletters. Sie können diesen Newsletter direkt per E-Mail abonnieren. Gehen Sie dazu auf [www.thomas-schnelle.nrw](http://www.thomas-schnelle.nrw) unter > Service > Newsletter. Dort geben Sie eine gültige E-Mailadresse und den angezeigten Code gegen Spam ein und bestätigen einmalig das Abo in der erhaltenen E-Mail. Ab sofort erhalten Sie den jeweils aktuellen Newsletter automatisch nach Erscheinen zugemailt.



# KLIMANEUTRALITÄT

## Maßnahmen zur CO<sub>2</sub>-Reduktion in der Bauwirtschaft

Um unsere Klimaziele zu erreichen, müssen alle Sektoren einen Beitrag leisten. Rund acht Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen fallen bei der Produktion von Zement an. In Deutschland wurden 2019 rund 34 Millionen Tonnen Zement verbaut, was 20 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> in der Herstellung entspricht.

Mit dem beschlossenen gemeinsamen Antrag „Klimaneutrales Nordrhein-Westfalen: Auf dem Weg zur CO<sub>2</sub>-Reduktion in der Bau- und Wohnungswirtschaft“ setzen sich die Fraktionen von CDU und Grünen unter anderem für den Einsatz nachhaltiger Baustoffe auch und gerade beim Neubau von landeseigenen Gebäuden ein.

**Jochen Ritter (CDU):** „Wenn es um den CO<sub>2</sub>-Fußabdruck von Gebäuden geht, gebührt der Errichtung mehr Aufmerksamkeit als bisher, denn rund ein Drittel der Treibhausgase werden freigesetzt, bevor ein Gebäude in Betrieb geht. Je nach Bauweise und Material besteht erhebliches Einsparpotenzial im Vergleich zu konventionell umgesetzten Vorhaben.“

Dazu hat das Wohnhaus, das 2021 mit Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen in Beckum im 3D-Druck-Verfahren entstanden ist, mit CO<sub>2</sub>-reduziertem Ze-

ment in exakt dosierter Menge Maßstäbe gesetzt. In dieser Hinsicht wollen die regierungstragenden Fraktionen von CDU und GRÜNEN mehr ermöglichen als bisher und den Fortschritt in einem digitalen Gebäudepass dokumentieren.“

**Arndt Klocke (Grüne):** „Der Bau eines Gebäudes verursacht nicht nur Kosten für die Eigentümerinnen und Eigentümer, sondern auch fürs Klima. Wichtig ist, dass wir die gesamten CO<sub>2</sub>-Emissionen betrachten, also den Energieverbrauch beim Bau und im Betrieb.“

Daher haben wir uns im Koalitionsvertrag für die Einführung eines Pilotprojektes für einen CO<sub>2</sub>-Gebäudepass ausgesprochen. Denn nur wenn wir auch Treibhausgase im Bereich Bauen einsparen, können wir unsere Klimaziele erreichen.

Nachhaltiges Bauen kann mit Holz-Lehm-Konstruktionen, Recycling-Beton oder auch CO<sub>2</sub>-ärmerem Zement umgesetzt werden. Wir unterstützen daher die Entwicklung und die Verwendung solcher Baustoffe. Das Land soll als Vorbild vorangehen, daher lassen wir die Beschaffungskriterien prüfen.“ ■



# HACKERANGRIFF

## NRW-Polizei enttarnt russisches Hackernetz

**A**m 28.02.2023 fanden in Nordrhein-Westfalen in verschiedenen Städten des Landes Razzien statt, zeitgleich abgestimmt mit einem Zugriff in der Ukraine durch die dortigen Behörden. Im Rahmen des Ermittlungsverfahrens der Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime NRW (ZAC NRW) wurden elf Beschuldigte wegen Erpressung und weiterer Delikte untersucht. Drei weitere befinden sich nach derzeitigem Untersuchungsstand in der Russischen Föderation und somit außerhalb unserer Zugriffsgewalt. Die dahinterstehende Gruppierung, die weltweit Ransomware-Angriffe auf Unternehmen und Einrichtungen verübte, wird nunmehr durch die Ermittlungsbehörden Nordrhein-Westfalens verfolgt.

Mit der Einrichtung der Cybercrime-Abteilung der Polizei NRW im Jahr 2019 ist ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung von Cyberkriminalität in NRW getan worden. Die ZAC NRW ist ein wichtiger Bestandteil des Abwehrsystems, das mit modernster Technologie und Expertenwissen ausgestattet ist. So kann die Polizei NRW schnell und effektiv gegen kriminelle Gruppierungen im Netz vorgehen und Durchsuchungen durchführen.

2020 kam es dann zu einem Cyberangriff auf das Universitätsklini-



Foto: Christiane Lang

kum Düsseldorf. Die digitale Infrastruktur wurde gekapert, Lösegeld in Millionenhöhe verlangt. Patienten konnten damals teilweise nicht mehr behandelt werden. Es war ein brutaler Schlag gegen eine empfindliche Infrastruktur. In diesem Zuge wurde vom Landeskriminalamt NRW die Ermittlungskommission "Parker" eingerichtet.

In den Folgejahren fielen auch die Funke Mediengruppe und weitere Institutionen und Unternehmen in Deutschland und im Ausland ähnlichen Angriffen zum Opfer. Die NRW-Ermittler übernahmen bundesweit die zentrale Ermittlungsführung. Ein Hackerangriff auf den

Landkreis Anhalt-Bitterfeld führte dann sogar dazu, dass der Katastrophenfall ausgerufen werden musste.

Die Ermittlungen gegen die Hackernetzwerk-Gruppierung waren umfangreich und wurden bereits europäisch als auch außereuropäisch durchgeführt. Auch die Öffentlichkeitsfahndung wurde europaweit veranlasst. Im Rahmen der umfangreichen und technisch hochkomplexen Ermittlungen konnten die Ermittlerinnen und Ermittler des LKA NRW den Tatverdacht gegen mehrere Beschuldigte begründen, die unter dem Pseudonym „DoppelSpider“ /

DoppelPaymer“ oder „PayOrGrief“ auftraten, und in der Folge Haftbefehle und Durchsuchungsbeschlüsse erwirken. Europol begleitete die entsprechenden Maßnahmen. Dabei kam es zu Hinweisen, dass einige der Beschuldigten Verbindungen zum russischen Geheimdienst und zur Wagner-Gruppe haben. Nach drei weiteren Beschuldigten wird nun international gefahndet.

Die Enttarnung dieses russischen Hackernetzes zeigt uns, wie wichtig es ist, den Schutz der digitalen Infrastrukturen von Unternehmen und Institutionen in Nordrhein-Westfalen und weltweit zu erhöhen. Die Professionalisierung und Vernetzung der staatlich unter-

stützten Tätergruppierungen sowie die Fragilität der informationstechnischen Infrastrukturen machen uns alle anfällig für Cyberangriffe.

Es ist daher unerlässlich, dass wir unsere Cybersicherheitsmaßnahmen verbessern und ausbauen, um uns gegen diese Bedrohung zu wappnen. Die Einrichtung der Cybercrime Abteilung der Polizei NRW war ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, um die digitale Sicherheit in unserem Bundesland zu erhöhen. Wir müssen jedoch weiterhin in Technologie und Personal investieren, um sicherzustellen, dass wir auf dem neuesten Stand der Technik sind und den wachsenden Herausfor-

derungen durch Cyberkriminalität gewachsen sind.

Unsere Behörden stehen in einem stetigen Wettrennen mit verschiedensten Hackergruppen, die oft nur so gefährlich werden können, da sie finanziell massiv von Regierungen unterstützt werden. Wir müssen uns dieser Bedrohung bewusst sein und die Kräfte der europäischen, westlichen, demokratischen Staaten bündeln, um unsere digitalen Infrastrukturen zu schützen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Nur so können wir sicherstellen, dass unsere Wirtschaft und Gesellschaft in einer zunehmend digitalisierten Welt sicher und erfolgreich bleiben. ■

## NRW zieht Konsequenzen aus dem Tod von Mouhamed Dramé

Innenminister Herbert Reul hat in einer Innenausschusssitzung bekanntgegeben, dass die Fortbildung für die Polizei ausgeweitet werden soll. Diese Entscheidung wurde unter anderem als Konsequenz aus dem Tod von Mouhamed Dramé getroffen. Der 16-Jährige wurde im Februar bei einem Einsatz mit einer Maschinenpistole erschossen, der Beamte daraufhin wegen Totschlags angeklagt.

Ziel der neuen Fortbildungsmaßnahmen in der NRW-Polizei ist es, Beamtinnen und Beamte verstärkt auf schwierige Einsatzsituationen vorzubereiten, vor allem im Umgang mit Menschen aus marginalisierten Communities und bei Einsätzen mit psychisch Erkrankten.

Das umfangreiche Fünf-Punkte-Maßnahmenpaket des Innenministers sieht zudem vor, dass künftig zwei zusätzliche und verpflichtende Trainingstage pro Jahr stattfinden. In diesen Trainingseinheiten werden Einsatzsituationen wie Personen- und Fahrzeugkontrollen, Einsätze bei häuslicher Gewalt oder Durchsuchungen von Personen trainiert. Die zusätzlichen Tage sollen genutzt werden, um das neue Konzept zum Umgang mit Menschen in psychischen Ausnahmesituationen oder anderem kulturellen Hintergrund zu trainieren.

Zusätzlich sollen mehr Dolmetscher eingesetzt und auf vorhandene Sprachkenntnisse bei der Polizei zurückgegriffen werden. Auch

die Führungskräfte auf den Polizeiwachen sollen speziell geschult werden.

Die Überarbeitung des Trainings und der Ausbildungshandbücher ist eine der größten Veränderungen der Fortbildung seit dem Bestehen des aktuellen Einsatztrainings der Polizei NRW. Zudem hat der Minister eine Tragepflicht für Bodycams angeordnet und empfohlen, diese frühzeitig einzuschalten, sofern die rechtlichen Voraussetzungen vorliegen.

Mit diesen Maßnahmen soll das Vertrauen in die Polizei und staatliche Maßnahmen gestärkt werden. Von den Verbesserungen profitieren alle, nicht nur die Polizei. ■



# LAND DIPLOMATIE

## Courage verlässt Nordrhein-Westfalen

**A**ndré Kuper, der Präsident des Landtags, verabschiedete den britischen Generalkonsul Rafe Courage nach seiner fünfjährigen Amtszeit in Nordrhein-Westfalen. Die Abschiedsfeier war emotional und von 250 Gästen besucht, darunter die britische Botschafterin in Deutschland, Jill Gallard.

Rafe Courages Amtszeit fiel in die Zeit der Diskussionen über den Brexit und den Abzug britischer Soldaten. André Kuper lobte Rafe Courage für seine Arbeit in der Förderung der deutsch-britischen Freundschaft und hieß seinen Nachfolger Nick Russell willkommen. Die Feier würdigte die besondere Beziehung zwischen Deutschland und Großbritannien, insbesondere Nordrhein-Westfalen und Großbritannien.

Botschafterin Gallard, die Botschafterin des Vereinigten Königreichs besuchte im Zuge ihres Aufenthalts in der Landeshauptstadt den Landtag Nordrhein-Westfalen und nahm an einer Sitzung der Parlamentariergruppe Großbritannien teil.

Der anschließende Austausch mit der Parlamentariergruppe bezog sich auf breit gefächerte Themen, die im Zuge des Brexit einen neuen Bedarf an Diskussion erhalten haben. Von den Wirtschaftsbeziehungen, Schüleraustauschen bis

zur Verteidigungspolitik wurde mit der aus Nordirland stammenden Botschafterin gesprochen. ■

*Die Parlamentariergruppe Großbritannien gemeinsam mit Botschafterin Gallard (3.v.r.) Foto: privat*



# EUROPA-SCHECKS

## Wir unterstützen kreative Ideen für ein demokratisches Europa

Die Fraktionen von CDU und GRÜNEN haben die Landesregierung mit einem gemeinsamen Antrag beauftragt, das Programm „Europa-Schecks“ zu starten und mit einer Million Euro das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern für den europäischen Gedanken und Zusammenhalt zu unterstützen.

Etwa Vereine, Kultur- und Sporteinrichtungen, Migrantenselbstorganisationen, Medienprojekte, Partnerschaftsvereine und Ländergesellschaften, Schulen und außerschulische Bildungsstätten oder Kommunen können so in ihrem Engagement unterstützt werden.

**Berivan Aymaz (Grüne):** „Gerade in Zeiten, in denen das freie Europa massiven Angriffen von außen durch den russischen Krieg gegen die Ukraine und von innen durch rechtsnationale Kräfte ausgesetzt ist, sind Bemühungen um demokratische Werte und den Frieden in Europa wichtiger denn je. Mit der Idee der Europa-Schecks möchten wir das vielfältige Engagement für Europa im ganzen Land fördern.“

Viele Initiativen und Vereine, die sich für den europäischen Zusammenhalt, die Völkerverständigung oder die Vermittlung europapolitischer Kenntnisse einsetzen, tun das meist ehrenamtlich und auf eigene Kosten. Die Europa-Schecks

sollen ihnen eine unkomplizierte Möglichkeit bieten, auch für kleinere Projekte ohne großen Aufwand eine Förderung zu erhalten. Ob Fachdiskussion oder Social-Media-Projekt: Jeder Beitrag für ein demokratisches Europa zählt, kreative Ideen sind herzlich willkommen.“

**Romina Plonsker (CDU):** „Ziel ist es, insbesondere die europäischen Werte und die unterschiedlichen Facetten einer lebendigen Demokratie in der schulischen und außerschulischen Bildung zu fördern.“

Ganz besonders im Fokus steht der persönliche Austausch. Vielfalt in Kultur, Wirtschaft, Bildung und Demokratie lässt sich eben am besten vor Ort in der Praxis erleben, nicht in der Theorie. Besonders junge Menschen werden von neuen förderfähigen Maßnahmen wie Informationsreisen zu den europäischen Institutionen oder Jugendaustausche mit Partnerstädten profitieren.

Durch diese Ideen wird Europa mit seinen Werten erlebbar. Grundsätzlich soll das Programm der Gesellschaft in ihrer gesamten Breite offenstehen und möglichst viele Akteure dazu animieren, sich in ihrem Umfeld zu engagieren.“ ■



Europäisches Parlament in Brüssel. Foto: Tobias Koch

# HÄUSER DER EWIGKEIT

## Die Bedeutung der Pflege verwaister jüdischer Friedhöfe

Jüdische Friedhöfe erzählen eine Geschichte von Jahrhunderten jüdischen Lebens in Deutschland, einschließlich der Verfolgung und Vernichtung in der NS-Zeit. Die „Häuser des Lebens“ oder „Häuser der Ewigkeit“ sind ein wichtiger Teil des kulturellen Erbes des Landes und geben Auskunft über die Entwicklung der jüdischen Gemeinden vor Ort.

Auf dem Gebiet Nordrhein-Westfalens gibt es jedoch viele verwaiste jüdische Friedhöfe, auf denen keine Bestattungen mehr stattfinden oder keine jüdische Gemeinde mehr existiert. Die Sicherstellung ihrer Pflege und Instandhaltung ist von großer Bedeutung für die Er-

forschung jüdischer Geschichte und für die Bewahrung des kulturellen Erbes.

Die Vereinbarung von 1957 zwischen Bund, Ländern und jüdischen Gemeinden regelt die Kostenbeteiligung an der Pflege und Instandhaltung der verwaisten jüdischen Friedhöfe. In Nordrhein-Westfalen erhalten die Kommunen über die Bezirksregierungen eine Pflegepauschale für die Friedhofsfläche. Allerdings sind die bisher zur Verfügung gestellten Mittel aufgrund allgemeiner Kostensteigerungen nicht mehr ausreichend.



Foto: Christiane Lang

Es ist wichtig, dass die Vereinbarung von 1957 weiter umgesetzt wird und dass eine Erhöhung der Pflegepauschale im Einvernehmen mit dem Bund erfolgt. Als Demokratinnen und Demokraten haben wir die Verantwortung, jüdische Geschichte zu bewahren und an sie zu erinnern.

Daher hat der Landtag Nordrhein-Westfalen die Landesregierung nun beauftragt sich auf Bundesebene für eine den gestiegenen Kosten angemessene Kostenübernahme für die Pflege jüdischer Friedhöfe einzusetzen. Eine angemessene Pflege und Instandhaltung der verwaisten jüdischen Friedhöfe in Nordrhein-Westfalen ist ein wichtiger Schritt, um unserer Verantwortung gerecht zu werden und die Geschichte für die Zukunft zu erhalten. ■



Foto: Tobias Koch



# KRANKENHAUSREFORM

## Der Alleingang der Bundesregierung bei Krankenhausreformen

Der Krankenhausreform in Nordrhein-Westfalen geht ein dreijähriger Prozess voraus, der von großem gegenseitigem Vertrauen zwischen Krankenhäusern, Trägern und Regierung geprägt war. Gemeinsam mit den Akteuren des Gesundheitswesens hat unser Gesundheitsminister Laumann den fortschrittlichsten Krankenhausrahmenplan Deutschlands erarbeitet und einvernehmlich verabschiedet. Mit dem neuen Krankenhausplan, der im April 2022 veröffentlicht wurde, wird die gewachsene Krankenhauslandschaft in Nordrhein-Westfalen nachhaltig gestärkt und zukunftsorientiert ausgerichtet.

Doch Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach stellt die durch das Grundgesetz garantierten Zuständigkeiten der Länder für die Krankenhausplanung nun grundsätzlich infrage. Obwohl die Krankenhausplanung Ländersache ist und der Bundesgesundheitsminister den Ländern in Bezug auf die Krankenhausreform des Bundes eine Beteiligung auf Augenhöhe öffentlich zusicherte, warnte Lauterbach das Land Nordrhein-Westfalen vor einem „Alleingang“ bei der Krankenhausplanung. Zukünftig sollen in Berlin die Regeln definiert werden, welches Kran-

kenhaus welche Leistungen anbieten und abrechnen könne.

Obwohl die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Jahren eine von allen Akteuren unterstützte Krankenhausrahmenplanung erarbeitet hat, die bereits in der Umsetzung begriffen ist, wird sie somit durch die Bundesregierung in Zweifel gezogen. Der Bundesgesundheitsminister hat mit seiner Reform die Zuständigkeit der Länder infrage gestellt und damit Verunsicherung in die Krankenhauslandschaft gebracht. Die zentralisierte Planung der Reform geht am Be-

darf und den Gegebenheiten vor Ort vorbei und wird die Qualität der Versorgung nicht verbessern. Stattdessen droht eine Einschränkung der Versorgung und eine Benachteiligung ländlicher Regionen.

Zudem ist fraglich, ob die geplante Reform überhaupt umsetzbar ist. Denn die Versorgung der Bevölkerung ist eine komplexe Angelegenheit, die von vielen verschiedenen Faktoren abhängt. Die Planung von Krankenhäusern sollte daher auf lokaler Ebene erfolgen, um den Bedarf der Bevölkerung bestmöglich abzudecken.

Foto: Tobias Koch



# — LAND

Eine zentrale Planung aus Berlin kann hierbei nicht adäquat auf die Gegebenheiten vor Ort reagieren und damit nicht die beste Versorgung gewährleisten.

Die neue Krankenhausplanung in NRW ist auf den Bedarf der Bevölkerung zugeschnitten. Die Umsetzung dieses Plans wird durch rund 2,5 Milliarden Euro flankiert, die notwendige Neu- und Umbauten fördern und den Krankenhäusern den Rücken stärken. Hinzu kommen noch die jährlichen Pauschalmittel für Krankenhausinvestitionen, die ab diesem Jahr um 195 Millionen Euro auf insgesamt 765 Millionen Euro erhöht werden. Die

Landesregierung stärkt damit den Krankenhäusern den Rücken und setzt den Abbau des Investitionsstaus in den Krankenhäusern konsequent fort.

Es bleibt zu hoffen, dass die Bundesregierung die Zuständigkeit der Länder in der Krankenhausplanung respektiert und gemeinsam mit den Ländern an einer besseren Versorgung der Bevölkerung arbeitet. Die beiden Krankenhausplanungen können miteinander in Einklang gebracht werden, dafür muss Berlin allerdings auch zu einem konstruktiven Dialog zurückkehren. Die letzte Äußerung von Bundesgesund-

heitsminister Lauterbach lässt erste Einsicht erkennen.

Daher haben unsere Koalitionsfraktionen im März beantragt, nicht nur die Umsetzung der NRW-Krankenhausreform wie geplant fortzuführen, sondern auch die Regierung aufgefordert, auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass die beiden Reformen ineinandergreifen und die Länderkompetenz von Minister Lauterbach respektiert wird. Nur so kann eine flächendeckende, hochwertige Gesundheitsversorgung in Nordrhein-Westfalen und letztlich in ganz Deutschland sichergestellt werden. ■

Foto: Christiane Lang

